

Braucht denn der DGB wirklich eine Zeitschrift?

Eine im Grunde banale Feststellung sei vorausgeschickt: Man kann die Welt auch anders sehen, als sie in den offiziellen Geschichtsbüchern, in der FAZ oder bei Sabine Christiansen interpretiert wird. Schon in ihren allerersten Anfängen war die Gewerkschaft eine Organisation, die nicht nur die dringendsten Beschwerden des Alltags lindern, sondern auch die Realität aus der Perspektive des unteren Teils der Gesellschaft erfassen und kritisieren wollte. Um dies zu tun, brauchte man ein Forum: als erstes eine Mitgliederzeitung, dann aber - größer geworden und in der Gesellschaft ernst genommen - auch ein Publikationsorgan, wo man den Dialog mit echten wie mit falschen Freunden und natürlich auch mit politischen und sozialen Gegenspielern pflegt. Je weniger man über eine alles umfassende und erklärende „Wahrheit“ verfügt, um so mehr kann man aus der Auseinandersetzung lernen. „Die Monatshefte“ sollten eine solche Funktion erfüllen und nicht nur die ewig gute Marktwirtschaft und die wirtschaftlichen Sachzwänge beschwören. Ich zählte mich deshalb gerne zu ihren Abonnenten und gelegentlich auch zu ihren Autoren.

„Schön und gut“ wird der Herausgeber sagen, aber ich sei da als Abonnent eine Ausnahme. Seine Controller würden ihm sagen, das Projekt lohne sich nicht mehr. Sparen sei angesagt, denn der Mitgliederschwund bringe die gewerkschaftlichen Finanzen mehr und mehr in Turbulenzen.

„Schön und gut“ lässt sich da erwidern, aber wie will man neue Mitglieder gewinnen? Indem man sich immer weiter zurückzieht, schlechte Tarifverträge abschließt, den Rechtsschutz herunterfährt und auf Kritik allergisch reagiert? Die Probleme werden größer, Tag für Tag, aber statt mehr Lösungen zu diskutieren, schließt man die Ideenwerkstatt. Wie ein Mittelständler, dem außer Sparen nichts mehr einfällt. Vielleicht hätte es ja einer Umorganisation bedurft, um die eigene Position mit klareren Konturen zu versehen. Zu sehr wurde möglicherweise nach der Devise verfahren: „Auch Hans-Olaf Henkel hat bei uns seinen Stammplatz“. Aber zwischen Umsteuern und Dicht-Machen besteht ein fundamentaler Unterschied. Und gibt es nicht im Apparat durchaus Menschen, die es als Ehre empfinden, wenn so ein Hans-Olaf Henkel in ihrer Zeitschrift schreibt? Ich hätte jedenfalls Schwierigkeiten, der Redaktion irgendwelche Vorwürfe zu machen.

Es gibt in unserer Gesellschaft engagierte Menschen, die geben die „Blätter für deutsche und internationale Politik“ oder die „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ (SPW) heraus. Und auch die „Marxistischen Blätter“ gibt’s noch, und sie sind ganz gewiss nicht mehr „vom Osten“ bezahlt. Die wirtschaftliche Basis dieser und anderer linker Publikationen ist schmal, und vermutlich dominiert die Selbstausbeutung der Mitarbeiter – aber die Beteiligten wollen eine Botschaft rüberbringen. Wer keine mehr hat, braucht auch kein Geld für Zeitschriften mehr auszugeben.

Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Bremen

Prof. Dr. Wolfgang Däubler

**72144 Dußlingen, 20.12.2004.
Geierweg 20**

An die

Gewerkschaftlichen Monatshefte

z.Hd.v. Koll. Hemmer

Postfach 10 25 03

40016 Düsseldorf

Lieber Kollege Hemmer,

da ein e-mail-Kontakt mit der Anschrift redaktion.gmh@t-online.de nicht möglich ist, auf diesem Wege vielen Dank für Deinen Brief vom 6. Dezember.

Was ich über die Schließung der Monatshefte denke, habe ich in beigefügtem Beitrag kurz zusammengefasst.

Mit den besten Wünschen (trotz allem) und herzlichen Grüßen